Hans Schumacher

INNENPOLITISCHE FUNKTION AUßENPOLITISCHER ARGUMENTE

Diskussion über den Warschauer Vertrag in Teilen der Bundesdeutschen Presse zwischen dem 16. November 1970 und dem 7. Dezember 1970

Gestatten Sie mir bitte eine Vorbemerkung: Zu behaupten innenpolitische Konstellationen beeinflußten die Außenpolitik und auch die Berichterstattung über sie, ist eine Plattheit – aber eine oft vergessene.

Und dieses Vergessen führt häufig wiederum zu außenpolitischen Fehleinschätzungen, insbesondere dann, wenn der Betrachter, bzw. der Analytiker einem anderen politischen System entstammt als seine Objekte. Denn er hat es von vornherein schwerer, innenpolitische Hintergründe einer außenpolitischen Haltung zu erkennen.

Bieispiele für die bis ins Begriffliche hineingehende Interdependenz von außen- und innenpolitischen Positionen gibt es zu Genüge. Gerade in jüngster Vergangenheit wurden wir – nicht zuletzt im Zusammenhang mit den Wahlkämpfen in den USA und in der Bundesrepublik – wieder mit einigen solchen Beispielen konfrontiert. (Stichworte: "Moskaufraktion", deutsch-amerikanisches oder besser amerikanisch-deutsches Verhältnis).

Ein anderes Beispiel dafür, daß innenpolitische Auseinandersetzungen mit außenpolitischen Begriffen und Problemen geführt werden, ist das verächtlich gemeinte Wort von der "Finnlandisierung", das glücklicherweise in letzter Zeit etwas aus der Mode und dem Sprachgebrauch gekommen zu sein scheint. Diejenigen, die es seinerzeit gegen ihre innenpolitischen Gegner richteten, nämlich die Unionsparteien und ihnen nahestehende Journalisten, beschrieben damit weniger finnische Politik und ihre Bedingungen und Methoden, sondern füllten diesen Begriff ohne große Rücksicht auf Tatsachen mit einem ihnen genehmen Inhalt und zogen, wiederum ohne Argumentation und Analyse, Parallelen zur Politik ihrer innenpolitischen Kontrahenten. Dieses Verfahren hatte rein technisch, wenn auch weniger moralisch, den Vorzug, daß man durch die Anwendung eines bewußt nebulös gehaltenen Begriffes beim Hörer, bzw. Leser nach einiger Zeit Assoziationen hervorrufen konnte, ohne sich mit den bekämpften politischen Entscheidungen im Einzelnen auseinandersetzen zu müssen.

Derselbe Mechanismus, bzw. dasselbe Prinzip wurde seinerzeit auch von Teilen der Oppositionsparteien und von ihnen nahestehenden Journalisten angewandt, um bei der Bevölkerung mit Hilfe einer Diskreditierung der Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel diese und ihre Politik insgesamt zu diskreditieren. Es ging bei den so artikulierenden wahrscheinlich weniger um die Details der jeweils strittigen Verträge, sondern um die Wiedererorberung der Macht für die Unionsparteien. Daß diese Hypothese einiges für sich hat, zeigt die Diskussion der damals wie auch heute keineswegs monolithisch auftretenden Unionsparteien mit ihren jeweiligen Dissidenten: Es waren offensichtlich rein innenpolitische Rücksichtsnahmen, die seinerzeit ein sich Abfinden mit der Ostpolitik, vielleicht sogar eine Zustimmung zumindest der CDU erschwerten bzw. verhinderten. Insofern ergibt sich übrigens eine aktuelle Beziehung zur augenblicklichen Situation der Unionsparteien mit einer eher positiven Tendenz: nach wiederum verlorenen Bundestagswahlen, bei denen zusätzlich der Hauptkontrahent der Verträge von Moskau und Warschau eine persönliche Niederlage erlitt, scheint die Union dabei zu sein, ihre Haltung aus innenpolitischen Gründen (nicht zuletzt, um sich selbst für eine Rückkehr an die Macht in Bonn zu befähigen) zu ändern.

Anhand von Zitaten aus dem Jahr 1970 aus einer zugegebenermaßen weder wissenschaftlichen noch ausgewogenen Auswahl von Zeitungsartikeln im Zeitraum von 16.11.–7.12. sollen die oben aufgestellten Behauptungen etwas begründet werden. Dabei soll es weniger um die Darstellung von Fakten gehen, sondern um die Art der Nachrichtenauswahl und um das Drumherum. Generell läßt sich sagen, daß diejenigen, die dem Warschauer Vertrag bzw. der Regierung Brandt/Scheel wohlgesonnen waren, deutlich stärker auf den Warschauer Vertrag selbst eingingen und seine politischen Implikationen eingehender schilderten als die Opponenten, die ihre Berichterstattung eher auf Details, äußere Umstände und die Argumente der Opposition stützten. Natürlich verzichteten auch die Befürworter des Warschauer Vertrages keineswegs auf einen Appell an die Emotionen ihrer Leser, wobei die spezifische Eigenart des jeweiligen Blattes zu berücksichtigen ist.

So beginnt beispielsweise der "Spiegel" seinen Bericht von den deutsch-polnischen Verhandlungen in Warschau mit den Sätzen:

"Polens Vize-Außenminister Józef Winiewicz überkamen düstere Erinnerungen: "Im September 1939 habe ich hier zum letztenmal gegessen. Damals gab es Suppe und nur Suppe und deutsche Bomben."

In Warschaus Hotel "Bristol", in dem Bundesaußenminister Walter Scheel am Mittwoch letzter Woche die polnische Verhandlungsdelegation zum Abendessen empfing, dann Winiewicz über als Verhältnis zwischen Deutschen und Polen nach: "Wenn ich mir damals vorgestellt hätte, daß ich einmal in diesem Saal als Gast eines deutschen Außenministers sitzen würde... daran ist die Geschichte Europas abzulesen."

Diese Berufung auf den Beginn des 2. Weltkrieges stellt einen historischen Zusammenhang her, der vor allem innenpolitisch oder (wenn man so will) moralisch wirken soll. Glaubt man Hans Ulrich Kempski von der "Süddeutschen Zeitung", so hatten auch am 15. November 1970 der bundesdeutsche Außenminister Scheel und sein Staatssekretär im Außenamt Paul Frank, "eiserne Nerven", die sie befähigten, mit polnischen Verhandlungspartnern um humanitäre Fragen und andere Vertragsdetails "zu ringen". Daß Scheel und Frank "genötigt waren, die 102.958 qkm umfassenden Provinzen östlich der Oder/Neiße Linie, die seit 1945 Polens Westgrenze bildet, endgültig als deutsches Staatsgebiet abzuschreiben", wie Kemp-

ski formuliert, begründet er mit dem "Zwang der Geschichte" und nicht etwa mit einer laschen Verhandlungesführung oder noch weniger ehrenhaften Gründen, wie sie von anderen Blättern behauptet werden. Ganz im Gegenteil meint Kempski, Scheel und Frank hätten sich "zu ihrer Verhandlungsführung beglückwünschen können". Daß derartiges Lokalkolorit, (oder korrekter und neu-deutsch: Human touch) keineswegs Teil einer außenpolitischen Argumentation ist, sondern vor allem auf die innenpolitischen Kontrahenten zielt, versteht sich.

Anders als die Süddeutsche Zeitung oder Hans Ulrich Kempski sieht es — man ist versucht zu sagen: natürlicherweise — Anton Böhm im "Rheinischen Merkur", am 20.11.: Nach der Bemerkung, die Texte des Vertrages seien bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt gewesen, setzt er sich dennoch mit ihnen auseinander, wobei an den fiktiven Vertragsklauseln kein gutes Haar bleibt. Walter Scheel und Willy Brandt sind, so muß man nach der Lektüre des Böhm'schen Artikels glauben, von den "souveränitätsbeflissenen Polen" übers Ohr gehauen worden, denn: "Walter Scheels Hände sind leergeblieben." Darüber hinaus ist der Bonner Außenminister offensichtlich sogar zu dumm, um dies überhaupt zu bemerken, denn er kehrt "in einem euphorischen Zustand" aus Warschau zurück.

Für Anton Böhm und den "Rheinischen Merkur", der übrigens in diesem Zusammenhang von meinem Chefredakteur seinerzeit verunglimpft wurde, bleibt nur eine Hoffnung: "Indes", so schreibt er,

"noch ist der Warschau-Vertrag nicht in Kraft. Was aus ihm wird, hängt vornehmlich davon ab, ob die parlamentarische Hürde der Zweidrittel-Mehrheit umgangen werden kann, die nach dem Grundgesetz genommen werden müßte, wenn er von den Verfassungsjuristen endgültig als vorweggenommene Friedensregelung qualifiziert würde."

Und man kann seine Hoffnungen verstehen, denn nach Böhms Meinung ist die positive Beurteilung des Verhandlungsergebnisses nur "dem wahltaktischen Ehrgeiz" zuzuschreiben, "Brandt/Scheel mit Adenauer gleichzusetzen". Nun ist das gerade zitierte Beispiel zugegebenermaßen ein Extremes, sieht man einmal von "Bayernkurier" und den "Bild"—Varianten ab, die noch zu zitieren wären. Aber dieses Beispiel zeigt auch wiederum den starken innenpolitischen Bezug der Argumentation zum Warschauer Vertrag, der nicht nur in einer Fiktion zitiert wird, "weil die Texte bei Redaktionsschluß noch nicht vorlagen", sondern der auch offensichtlich wegen persönlicher Mängel des Kanzlers und Vizekanzlers nichts taugen kann, wobei der vom Böhm behauptete Ehregeiz, Brandt/Scheel wollten es Adenauer gleichtun, dem normalen Leser des "Rheinischen Merkurs" als besonders verwerflich und blasphemisch erscheinen muß.

Differenzierter als der "Rheinische Merkur" gehen bei der Schilderung des Warschauer Vertrages und seines Zustandekommens "Die Welt" und die "Frankfurter Algemeine Zeitung" vor, die ja auch nicht gerade für besonders enthusiastische Symphatien gegenüber der sozialliberalen Regierung bekannt waren und sind. So erscheint am 19.11. in der "Welt" ein Artikel von Bernt Conrad, in dem sehr einfühlsam und um Verständnis werbend die Schwierigkeiten einer Normalisierung des Verhältnisses zwischen Polen und der BRD geschildert werden. In dem Artikel ist von den ehemaligen deutschen Ostgebieten die Rede, Breslau und Grünberg sind auch polnisch benannt (und dies sogar in einer Springerzeitung ohne

Anführungszeichen) und der Sohn einer Polin kommt mit einer Begebenheit zu Wort, in der geschildert wird, wie seine Mutter zwei deutschen Müttern für deren Kinder Milch gab.

Zusammenfassend kann man sicher sagen, daß der Autor mit Hilfe von auch die Emotion anrührenden Appellen um Verständnis für den Versöhnungsprozeß und damit den Warschauer Vertrag wirbt.

Das aber ging der Hamburger Zentralredaktion denn doch zu weit und so versah sie den Artikel mit der zwar nicht ganz passenden, aber immerhin Besorgnisse ausdrückenden Überschrift: "Muß Bonn jetzt die Atlanten ändern?" Solche im Nachherein und im Abstand von 10 Jahren eher amüsanten Details finden sich zu Hauf. Vergleicht man etwa die Anordnung von Überschriften und Unterzeilen, so findet man z.B. in der "Süddeutschen Zeitung" die Hauptüberschrift "Bonn mit Warschauer Abschluß zufrieden" und die Unterzeile "Opposition fragt erneut nach Vertragstext (erbitterte Reaktion der Vertriebenen". Am gleichen Tag, den 17.11., beschreibt die "Rheinische Post" die selben Ereignisse unter der Überschrift "Vertriebene an Heinemann: Vertrag mit Polen verhindern!" Und setzt als Unterzeile das nicht ganz korrekte Zitat hinzu: "Grundgesetz wahren und Schaden vom Deutschen Volk abwenden". Im nachfolgenden Artikel der "Rheinischen Post" ("Eigener Nachrichtendienst") wehrt sich der CDU-Politiker Jürgen Echternach dagegen, die "Deutsche Jugend des Ostens" aus dem Bundesjugendring auszuschließen und so den Bundesjugendring in einen "sozialistischen Kampfverbund umzufunktionieren."

Ähnlich verhalten sich andere Regionalzeitungen, die vor allem die Opposition zu Wort kommen lassen und in ihrer Kommentierung der Ereignisse häufig deren Argumente übernehmen und sogar in ihrer Aggressivität gegen die Bundesregierung noch übertreffen. Aufallend ist wiederum die Tendenz, sich weniger mit dem Warschauer Vertrag und seiner Geschichte auseinanderzusetzen, sondern, über Umwege den deutschen Verhandlungspartner generell zu diskreditieren. "Leichtfertigkeit" und "Aufgabe von deutschen Interessen ohne Zwang" sind häufige Wendungen. Man muß sich — eingedenk der monopolistischen Stärke mancher Regionalzeitungen — im Nachhinein wundern, daß es der sozialliberalen regierung gelang, die Zeit bis 1972 zu überstehen und dann die Bundestagswahlen sogar glänzend zu gewinnen.

Und daran haben nicht einmal Peter Boenisch und seine Helfer im Springerkonzern etwas ändern können. Unter der Überschrift "Oh, du lieber Augustin..." sagt Boenisch am 22.11. 1970 einmal wieder seine Meinung und kommt nach der offensichtlich sprachgeregelten Unterstellung, Brandt und Scheel wollten (natürlich vergeblich) sein wie Adenauer, zur Sache: "Adenauer unterschrieb so gut wie nichts, was die Westmächte ursprünglich verlangten. Brandt unterschreibt so gut wie alles, was der Osten schon immer forderte." Und:

"End Regierungswechsel in Bonn ist noch kein ausreichender Grund, alle heißen Kartoffeln Europas anzufassen. Zu leicht verbrennt man sich dabei die Finger.

Daß die anderen Europäer dazu Beifall klarschen, ist nicht verwunderlich. Sie haben ja die Hände frei. Das deutsche Problem ödet sie ohnehin an. Und es ist ihnen ganz recht, wenn das wirtschaftlich zu schnell zu stark gewordene Westdeutschland Ostpolitik macht nach der Melodie: "Oh, du lieber Augustin, alles ist hin."

Bekommt der Oder-Neiße-Vertrag eine Mehrheit im Parlament? Braucht er — als vorweggenommener Friedensvertrag — eine Zweidrittelmehrheit, die niemals bekommen wird?

Warten wir es ab.

Aber was wird inzwischen aus der Plattform, auf der wir seit 25 Jahren Politik machen — was wird aus unserer Wirtschaftskraft? Der "Flugzeugträger" Deutschland, bewaffnet mit der harten Mark, hat Schlagseite:

Kurzarbeit bei Conti, Salamander, bei Bosch, AEG-Telefunken und in anderen Betrieben, denen weitere folgen werden.

Die Eurzeugerpreise steigen. Die Verbraucherpreise steigen. Die Gewinne sinken. Die Investitionen gehen zurück. Wichtige Exportmärkte gehen verloren. Die Kurse an der Börse, schon im Keller, kullern weiter bergab.

Die Industrie hat kaum noch Vertrauen zu dieser Regierung. Sie fürchtet gewerkschaftliche Experimente, ist erschrocken über teure Reformen, für die das Gold leider fehlt.

Das ganze erinnert an einen Unfallwagen, bei dem das Blaulicht schon kreist. Aber weil die Sirene noch nicht heult, will noch niemand so recht an das Unglück glauben.

Es ist menschlich verständlich, daß Schiller nicht einsehen will, wie groß seine Schuld an der Exportpanne unserer Industrie ist. Von Abs über BILD bis zur ZEIT haben ihn viele vor den Folgen der Aufwertung gewarnt. Jetzt sitzen wir alle in einem Schlamassel, mit dem wir uns noch jahrelang werden abplagen müssen.

Die von Schiller versprochene Preisberuhigung ist durch die Aufwertung nicht eingetreten.

Statt dessen ist nun, wie zu befürchten war, unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr.

Das Made in Germany ist zu teuer geworden.

Es gibt Firmen, bei denen der Exportanteil um mehr als die Hälfte sank. Und selbst unserem Aushängeschild, der Chemieindustrie, geht es lange nicht mehr so gut wie wir gewohnt waren.

Es ist eine unpopuläre Feststellung, aber eine wahre: Die Ansprüche der Gesellschaft sind schneller gestiegen als ihre Leistungen.

Mittendrin schwimmt der kleine Schiller. Und nicht einmal seine Gegner wünschen ihm, daß er politisch ertrinkt.

Es geht nicht um den Sturz eines Ministers. Es geht um eine realistischere, unseren tatsächlichen Möglichkeiten entsprechende Politik.

Diese Regierung, die im Ausland so bescheiden und im Inland zu großzügig zu sein versucht, sollte einmal das umgekehrte Rezept ausprobieren:

Weniger Bescheidenheit in der Außenpolitik, aber mehr Bescheidenheit in der Ausgabenpolitik.

Sonst singen wir eines Tages auch, wenn es um unser Wirtschaftswunder geht: "Oh, du lieber Augustin, nun ist es hin."

Deutlicher als hier Boenisch kann man die angewandte Methode zur Vermengung von Innen- und Außenpolitik eigentlich kaum beschreiben.

Nur noch um der Kuriosität willen soll zum Abschluß noch der "Bayernkurier" vom 21.11. zitiert werden. Weniger deshalb, weil wiederum hier der Zusammenhang zwischen den außenpolitischen und innenpolitischen Argumentationen deutlich wird, sondern weil damals die Sprachregelungen des Strauß'schen Zentralorgans bis in die Wortwahl manches Zeitungskommentars zu spüren waren. Bruno Bandulet schreibt im genannten Blatt:

"Scheel hat in Warschau als Vertreter einer Regierung verhandelt, die den völkerrechtlichen Fortbestand des "Deutschen Reiches" leugnet und sich mit dem Regime Ulbrichts auf eine Stufe stellt. Wie tief diese Regierung gesunken ist, erhellt schon daraus, daß sie unermüdlich — erst — in Moskau, jetzt in Warschau — die alten Rechte der Siegermächte beschwört und ihnen die Verantwortung für ganz Deutschland zuschiebt. Der Friedensvertragsvorbehalt wird einzig und allein zur Sache der Siegermächte gemacht. Ein diesbezüglicher Notenwechsel, dem die Polen zugestimmt haben, wird dann obendrein noch als deutscher Verhandlungserfolg gefeiert. Zur Zeit Adenauers war es genau umgekehrt: damals bestand Bonn auf seinen gesamtdeutschen Rechten und auf einer entscheidenden deutschen Mitsprache bei der späteren Aushandlung eines Friedensvertrages."

Das Fazit muß nach solcher Argumentation auch den ganz dummen Lesern des Kuriers aus München einleuchten: "Die Parteien Adenauers (oder Straußes) muß endlich wieder die Regierung übernehmen. Das Bandulet weniger die Verträge als solche meint, sondern vielmehr den innenpolitischen Gegner, wird an einer anderen Stelle seines Artikels noch deutlicher. Er schreibt:

"Das Verwerfliche an den Warschauer Vorgängen ist nicht einmal der Verzicht als solcher. So gut wie niemand in der Bundesrepublik glaubt, die alten Verhältnisse wieder herstellen zu können. Dies wäre in der Tat eine Illusion. Die Lebensrechte des polnischen Volkes sollen nicht erneut gefährdet werden. Verwerflich ist vielmehr die Täuschung der Öffentlichkeit, die Geschicklosigkeit dieser Regierung, ihre Naivität im Umgang mit kommunistischen Machthabern, die unglaubliche Frivolität und Leichtfertigkeit, mit der ein Viertel des deutschen Staatsgebietes preisgegeben wird."

Lassen Sie mich zum Abschluß noch einmal auf den vorhin genannten aktuellen Bezug zur Situation in der Bundesrepublik zurückkommen, um nach allen negativen Zitaten zum Warschauer Vertrag von vor 10 Jahren sozusagen positiv zu enden: Die Behauptung, daß sich in der außenpolitischen Argumentation Innenpolitik niederschlägt, läßt sich nämlich auch mit dem Satz variieren: Ändern sich die innenpolitischen Verhältnisse, dann wirkt sich dies auch auf die außenpolitische Argumentation aus.

Nun hat sich für die eher konservativen Kräfte in der BRD die innenpolitische Situation insofern entscheidend seit 1970 verändert, als sie einsehen mußten, die Bildung der sozialliberalen Koalition 1969 sei nicht nur ein kurzfristiger und schnell zu reparierender "Unglücksfall" gewesen. Spätenstens seit dem 5. Oktober dieses Jahres müßten die Union und die ihr nahestehenden Kräfte auch wissen, daß ihre starrsinnige Haltung gegenüber der Ostpolitik der Regierungen Brandt/Scheel und Schmit/Genscher zum Unionswahldebakel beigetragen hat. Eine Änderung der Haltung der Union in dieser Frage deutet sich hier und da schon an. Ich halte es für wahrscheinlich, daß sich in absehbarer Zeit eine etwas moderatere Haltung als bislang bei der Union als Mehreitsmeinung durchsetzen wird — vorausgesetzt weltpolitische Ereignisse machen das Nachdenken über Entspannung nicht zeitweilig obsolet.